

Der Krieg gegen die Intelligenz oder Warum für eine Verschlechterung des Studiums Studiengebühren nötig sind

(Beitrag zum Vorlesungsmarathon im Rahmen der Protesttage „Freiburger Frühling“, 3.Mai
2005, 21 Uhr)

Liebe Kommilitoninnen, liebe Kommilitonen!
Meine Damen und Herren!

Ich danke dem Freiburger u-ASTA für die Einladung zu diesem „Marathon“.

Als der französische Staat vor einiger Zeit strukturelle Verschlechterungen und Kürzungen der Mittel für Forschung durchsetzen wollte, haben französische Wissenschaftler dies einen „guerre à l'intelligence“, einen „Krieg gegen die Intelligenz“ genannt. Viele haben einen „Appel contre la guerre à l'intelligence“ unterschrieben, zu Protestaktionen oder Demonstrationen aufgerufen und erreicht, daß viele Maßnahmen zurückgenommen wurden. Ein Teil meines Themas ist somit ein Zitat.

In diesem Jahr 2005 sind die Gymnasiasten in Frankreich auf die Straße gegangen und haben dagegen protestiert, daß die Standards für das Abitur abgesenkt werden. Die Regierung wollte die Anonymität des Zentralabiturs aufweichen, indem sie den Klassenlehrern einen Einfluß auf die Note geben wollte. Das hätte zur Absenkung der Standards geführt, da vertraute Klassenlehrer milder urteilen als Lehrer aus einem fernen Département. Die Schülerbewegung kämpft für die Beibehaltung der alten strengen Regelung.

Wie so oft in unserer deutsch-französischen Geschichte können wir diesseits des Rheins nur neidvoll nach Frankreich schauen. Bei uns heißt die Einsparung von Professorenstellen im Umfang einer mittleren Universität in den letzten Jahren in Baden-Württemberg nicht „Krieg gegen die Intelligenz“, sondern „Solidarpakt“. Bei uns kämpfen Schüler nicht gegen das Turbogymnasium, Studierende nicht gegen Kurzzeitstudiengänge oder gegen die Absenkung der Standards. In der Hauptlinie der Protestaussage der letzten Tage erdrückt die sozialpolitische Argumentation die bildungs- und hochschulpolitische Thematik fast vollständig. Bisweilen findet man auf den Plakaten und in den Texten einen Elitebegriff, der dumpf und ressentimentgeladen ist. In der berechtigten Abgrenzung von Funktionseliten mit obszönen Spitzengehältern ist überhaupt keine Rede mehr von kritischen und kreativen Werteliten, die zu fördern doch die wünschenswerte Aufgabe der Universität ist. Ich beklage auch, daß bei der großen Mehrheit meiner Kolleginnen und Kollegen unter den Professorinnen und Professoren weitgehend Funkstille herrscht, unterbrochen von einem gelegentlichen Murren und Stöhnen auf den Fluren der Institute und Seminare. Bei den Studierenden sind allenfalls Studiengebühren ein Thema, das etwas Bewegung in die Reihen bringt. Die Universität in Deutschland ist eine stumme Institution geworden. Es scheint so, als ob der Krieg gegen die Intelligenz für diese in Deutschland schon verloren sei.

Meine Hoffnung ist, daß in diesem „Freiburger Frühling“ die Stummheit ein Ende findet. Die Situation ist nicht schlecht dafür. In Baden-Württemberg gibt es bald Landtagswahlen, eine Bundestagswahl steht auch an. Gleich welcher Partei es angehört, das Regierungspersonal in Bund und Ländern ist geistig erschöpft und erleidet einen galoppierenden Realitätsverlust. Es braucht unbedingt eine Erholungspause von vier Jahren. Die Opposition ist zwar auch im Bund

und im Land nur das kleinere Übel, aber in Zeiten großer Veränderungen der Systemumwelt tut es einer Gesellschaft gut, wenn die Regierungen schneller wechseln. Es geht um Herrn Frankenberg und Frau Buhlmann, sie haben ein Vermittlungsproblem, das sie nicht bewältigen können.

Damit komme ich zum zweiten Titel meines Beitrags: Warum für eine Verschlechterung des Studiums Studiengebühren nötig sind. Die Verknüpfung ist paradox, denn normalerweise muß man für eine schlechtere Qualität weniger und für eine bessere mehr bezahlen. Noch Mitte der 90er Jahre waren sich der damalige bayrische Wissenschaftsminister Zehetmaier (CSU) und seine Kollegin Brunn (SPD) aus Nordrhein-Westfalen darin einig, keine Studiengebühren einzuführen, weil die Universitäten sich in einem solch ausgemergelten Zustand befanden, daß in ihnen ein ordentliches Studium nicht möglich war. Wohlgermerkt, das war vor dem „Solidarpakt“, das heißt vor dem Abbauschub von Professorenstellen bei steigender Studierendenzahl! Man hatte Angst davor, daß Studierende Prozesse gegen die Universität anstrengen, weil sie nicht in der Lage ist, ein Studium nach ihren eigenen Regeln objektiv zu ermöglichen.

In der stummen Universität von heute haben sich die Mehrheit der Studierenden und Professorinnen und Professoren im Elend gemütlich eingerichtet. Es ist unklar, ob sie überhaupt noch wissen, wie man vor Gericht zieht, wenn einem Unrecht geschieht, indem man zum Beispiel betrogen wird. Man geht in eine Lehrveranstaltung, da steht Seminar drauf, man geht rein und stellt fest, es ist überhaupt kein Seminar, sondern eine Vorlesung. Es muß selbstverständlich werden, daß Studierende, die so etwas erleben, zu ihrem Studiendekan gehen und die Schließung dieser Betrugsveranstaltung beantragen. Sollte der Studiendekan hier nicht tätig werden, weil eine Krähe der anderen kein Auge aushackt, dann gehe man zum Rektor. Sollte der nicht tätig werden, dann gehen man an die Presse. Es soll Rektoren geben, bei denen dies ganz besondere Wirkungen hervorbringt.

Der letzte große Prozeß, den Studierende in Baden-Württemberg angestrengt haben, war der Prozeß gegen die Einführung von Gebühren. Das war verbunden mit einem landesweiten Boykott und einer bemerkenswerten Mobilisierung. Studierende haben gezeigt, zu welcher politischen Kraftentfaltung sie fähig sind. Aber sie haben diesen Prozeß verloren. Immatrikulationsgebühren, Studiengebühren dürfen erhoben werden. Die Gerichte haben Grenzen gesetzt, was die Höhe der Gebühren angeht, aber im Prinzip haben die Studierenden verloren. Ich habe die Sorge, daß der in diesem Mai erneut aufgeflamte sozialpolitische Kampf gegen Studiengebühren ohne ein gründliches Nachdenken über die Universität perspektivlos auslaufen wird. Die älteren unter Ihnen wissen, daß ich damals die Konzentration der politischen Intervention der Studierenden auf das Thema Studiengebühren für einen Fehler gehalten habe.

Ist es eine höhere Fügung oder nur die Dummheit der politischen Klasse, daß in diesem Jahr zwei Maßnahmenpakete wie zwei Meteore in die Universität einschlagen, zwei Meteore, die aus ganz verschiedenen Richtungen kommen. Die Verschlechterung des Studiums durch den Bologna-Prozeß und die Ankündigung der Einführung von Studiengebühren. Der „Freiburger Frühling“ könnte eine erfolgreiche Perspektive eröffnen, wenn es gelänge, diese beiden Themen in ihrem Zusammenhang aufzugreifen. Und hartnäckig die Frage zu stellen, warum für eine Verschlechterung des Studiums Studiengebühren nötig sind.

Ich fange mit der Verschlechterung des Studiums an, das heißt mit der zentralen kulturpolitischen und universitätspolitischen Dimension. Dann gehe ich auf die sozialpolitische Dimension ein. Und ich möchte Sie davon überzeugen, daß dies die richtige Reihenfolge ist und daß alle Strategien, Universitätspolitik als ein Anhängsel der Sozialpolitik zu begreifen, in dem Krieg, der gegen die Intelligenz geführt wird, letztlich perspektivlos sind.

Verschlechterung des Studiums

Mit der Verschlechterung des Studiums meine ich die Einführung von Kurzstudiengängen, den Bachelor, und das Verbot, Diplom oder Magister weiterzuführen. Alles dies läuft unter dem Obertitel „Bologna-Prozeß“. Die europäischen Regierungen, die, wie nun immer deutlicher wird, ein Europa ohne Europäer wollen, haben sich wieder einmal von technokratischen Putschisten über den Tisch ziehen lassen, um ihre politische Ohnmacht damit zu kaschieren, daß sie bildungspolitische Schlagzeilen produzieren können. Ich konzentriere mich auf die wichtigsten sieben Punkte. Worum geht es?

1. Sechsemestrige berufsbezogene Studiengänge haben wir in Deutschland an Fachhochschulen. Seit Jahrzehnten ist bekannt, daß wir in Deutschland ein viel zu wenig ausdifferenziertes Fachhochschulsystem haben. In diesem Hochschultyp hat man kluge Curricula entwickelt. Die Ausbildung erfolgt zum Beispiel in direktem Verbund mit Unternehmen und Institutionen, die Absolventen dann übernehmen. Mit der Einführung von BA-Studiengängen sollen die Universitäten zu einem großen Teil in Fachhochschulen umgewandelt werden. Das ist der Masterplan, der vor allem gegen die deutsche Universitätsidee gerichtet ist.

Selbst wenn Sie die deutsche Universitätsidee nicht sonderlich interessieren sollte, muß Ihnen doch gesagt werden, daß die Differenz eines sechsemestrigen und eines achtsemestrigen Regelstudiums, das heißt die Differenz von Berufsausbildung und wissenschaftlicher Ausbildung für den Wert des Abschlusses handfeste Folgen hat. Was den öffentlichen Dienst angeht, der in Deutschland ja immer noch die Standards für die Einstiegsgehälter von Berufsanfängern vorgibt, an denen sich andere Einrichtungen orientieren, so gilt, daß Fachhochschulabsolventen gehaltsmäßig nicht in den höheren Dienst wie Universitätsabsolventen alten Typs kommen, sondern in den billigeren gehobenen Dienst. Ihre Aufstiegschancen sind entsprechend geringer. Irgendwo macht das ja auch Sinn, wer mehr Zeit in die Qualifikation steckt, kann erwarten besser bezahlt zu werden, als der, der weniger Zeit in Qualifikationen steckt.

Die CDU in Baden-Württemberg hat nun das Gesetz im Parlament durchgebracht, in dem Magister und Diplom verboten werden. Alle müssen den BA machen. Dann wird eine Quote festgelegt, wie viele noch über sechs Semester hinaus studieren dürfen, um einen Master zu machen, das heißt zwei Jahre länger zu studieren. Diese Quote ist eine Schraube, die nach Bedarf Jahr für Jahr angezogen werden kann, je nachdem wie groß der politische Druck der Studierenden auf das Weiterstudium wird. Es wird eine elastische Quote geben. Lassen Sie sich nicht betrügen, wenn jetzt von 70 oder 80 Prozent gesprochen wird, die den Master machen dürfen, soweit ich die Diskussion verfolge steuert die politische Klasse in allen Parteien auf einen Anteil von einem Drittel hin, die den Master machen dürfen. (Die SPD in NRW hat 80% BA und 20 % MA fixiert). Denn das Ziel ist nicht die Verbesserung der Qualität der Ausbildung, sondern die Vermehrung der Zertifikate. Der neue Masterabschluß für ca. ein Drittel entspricht dann dem, was heute noch der Magister oder das Diplom ist.

2. Die Zeit des dreijährigen BA-Studiums ist in sich betriebswirtschaftlich tayloristisch durchgerechnet. Sie haben 1500 Arbeitsstunden pro Jahr abzuleisten. Diese teilen sich in „Kontaktzeit“, das heißt Zeit der Inanspruchnahme eines Lehrenden, und „Selbststudium“. Die neue Recheneinheit sind ECTS-Punkte (European Credit Transfer System). Das sind keine Noten, sondern „Workload“-Einheiten. Die „Workload“ wird dann mit den Noten multipliziert. Die technischen Verfahren erläutere ich jetzt nicht. Charakteristisch für den Bologna-Prozeß ist, daß die Normen ständig verändert werden, was zu einer nachhaltigen Terrorisierung derjenigen führt, die sich an den Normen ausrichten müssen. Wer sich an älteren Ausgaben der umfangreichen Richtlinien und Handbücher für Module orientiert hat Pech. Wichtig für Sie ist, daß jede Minute Arbeitszeit von Studierenden verrechnet wird. Die Konsequenzen sind absehbar: Sie müssen Ihr Jobben einschränken, denn die Elastizität der bisherigen Seminarformen wird unter dem Modulprinzip stark verringert. Familiengründung im Studium,

eine Praxis, bei der wir seit einiger Zeit auf gutem Wege sind, wird wieder abgebaut werden. Das Auslandsstudium im BA können Sie vergessen.

3. An der Universität dürfen keine Veranstaltungen angeboten werden, in denen keine ECTS-Punkte erworben werden können. Vorlesungen, Seminare, die nur aus Interesse besucht werden, gibt es nicht mehr. Nach dieser Mechanik wird es eine Vorlesung, wie die, die ich jetzt in diesem Semester halte, nicht mehr geben dürfen, weil dort nur zugehört wird. Überall wird geprüft, dokumentiert, gerechnet.

4. Alles-oder-nichts-Prinzip. Sie bekommen die workload-Punkte nur, wenn Sie alle Leistungen erbringen. Und zwar unabhängig von der Benotung. In der Praxis wird dies darauf hinauslaufen, daß ein Nachreichen von Hausarbeiten und Fristverlängerungen erheblich eingeschränkt werden, da Sie das Modul abgerechnet haben müssen, bevor Sie ins nächste kommen. Der freie schriftliche Ausdruck, der viel Korrekturzeit für Lehrende bedeutet, wird eingeschränkt. Das Grundprinzip, auf das die Leistungsmessung hinauslaufen wird, wird die Multiple-choice-Klausur werden.

5. Eine entscheidende Verschlechterung gibt es in den Fächern der Philologischen und Philosophischen Fakultät. Die Fächerbreite wird radikal begrenzt. Bisher wurden zwei Hauptfächer oder ein Hauptfach und zwei Nebenfächer studiert. Wer zwei Hauptfächer studierte, konnte sich erst vorm Examen entscheiden, wo er die Abschlußarbeit schrieb. Diese Mehr-Fächerbreite ermöglichte individuelle Profile und vergrößerte die beruflichen Chancen. Auch waren Wechsel zwischen Lehramt und Magister möglich. Jetzt wird in Baden-Württemberg das Ein-Hauptfach-Studium verordnet. Dazu gibt es ein Mini-Nebenfach, das kaum ins Gewicht fällt, und das BOK-Studium. Diese Fachreduktion ist in den Fächern der Sozial- und Geisteswissenschaften eine katastrophale Verschlechterung, ein programmierter Schmalspurhorizont.

6. Beim BOK-Studium handelt es sich um sogenannte „berufsfeldorientierende Kompetenzen“, die das neu eingerichtete „Zentrum für Schlüsselqualifikationen“ anbietet. Hier handelt es sich um ein Programm, das *soft skills* vermitteln soll. Es handelt sich um Sachen, die entweder in die Oberstufe des Gymnasiums gehören oder in die Volkshochschule oder in die Umschulungsprogramme der Arbeitsagenturen. Es handelt sich um Inhalte, die für sich genommen interessant und auch wichtig sind, die aber an einer Uni nichts zu suchen haben: Wie gestalte ich eine Bewerbungsmappe? Wie binde ich meine Krawatte? Welchen Cocktail trinkt man heute in der Möbelbranche? Wie putze ich meinen PC? Was ist ein Beamer? Wie schreibe ich einen Zeitungsartikel? Wie rede ich verständlich? Wie motiviere ich mich selbst? Und so weiter. Verschlechterung des Studiums heißt, es wird nicht nur auf sechs Semester gekürzt, sondern noch innerhalb der sechs Semester ein Verblödungsprogramm auf Kosten der wissenschaftlichen Studienanteile vorgeschrieben.

7. Die vorgeschriebenen Recheneinheiten sind so kalkuliert, daß in fünf Jahren viele kleine Fächer aus der Universität verschwinden werden, weil sie die Vorgaben nicht erfüllen können. Fächer mit ein oder zwei Professuren werden ausgerottet. Fächer mit drei oder vier Professuren werden mit Mühe einen BA genehmigt bekommen, aber keinen Master mehr realisieren und keine Leute mehr promovieren können. Fächer mit vier bis fünf Professuren werden mit Blessuren überleben. Wenn der Bologna-Prozeß nicht gestoppt wird, werden die gewinnen, die die deutsche Universität zerstören wollen. Die Planer sprechen selbst von „kreativer Zerstörung der Universität“.

Wenn Sie den Blick weiten, so werden Sie merken, daß es im Zeitalter der Globalisierung nicht nur einen „Kampf der Kulturen“, sondern ebenso einen Kampf um Kultur gibt. In diesem Kampf entscheidet sich die Bedeutung der Universität in Deutschland. Das ist vielleicht etwas, das über Ihre akuten Interessen hinausgeht, aber für Ihre Kinder – wenn Sie denn welche haben werden – wird es spürbar sein, ob sie in eine Zertifikatsausstellungsmaschine kommen oder in eine Institution, in der das Bewußtsein wachgehalten wird, daß freie Forschung, freie Lehre und freies Studium für ein Land einen Selbstzweck darstellen.

Insgesamt geht es also um eine Verschlechterung des Studiums, um Entwissenschaftlichung der Ausbildung und Taylorisierung der geistigen Arbeit (Fachleute vom HIS schätzen eine dreißigfache Vermehrung von Prüfungskontrollen), um einen billigeren Abschluß mit geringeren Einstiegsgehältern, um eine Kontrolle des Weiterstudiums nach sechs Semestern, um eine Reduktion der fachlichen Breite.

Die Bologna-Propaganda verspricht den BA-Studenten eine rosige Zukunft. Ein penetranter Optimismus wird eingehämmert. Der Gipfel des Betrugs und Selbstbetrugs ist der Glaube, mit dem BA werde eine verbesserte Berufsqualifizierung erreicht. Was für Ärzte, Pfarrer, Diplomingenieure gilt, trifft auch für Sinologen, Historiker und Juristen zu. Auf einem BA-Niveau sind sie nicht nur international, sondern auch für diese Gesellschaft unbrauchbar. Selbst die, die diese Versprechen besserer beruflicher Chancen uns wie blühende Landschaften vor Augen führen, glauben nicht daran. Denn sonst würden sie mit ihrer wunderbaren Reform bei den Staatsexamen anfangen, beim juristischen Staatsexamen und bei Lehrern. Sie glauben nicht daran, denn sonst würden sie die Konkurrenz von alten bewährten Studiengängen Diplom und Magister und dem neuen BA zulassen. Fünf Jahre Wettbewerb und dann sähe man, wo der Erfolg ist: Zum Beispiel, Freiburg führt die alten Studiengänge weiter, Heidelberg setzt auf BA und MA, dann sehen wir ja, wohin die Leute gehen. In der Freiburger Soziologie merken wir jetzt schon den Zustrom von BA-Flüchtlings aus anderen Unis, die umgestellt haben. Diese wachen findigen Studierenden suchen sich heute die Standorte aus, an denen man noch nicht BA studieren muß. Glauben Sie nicht der Propaganda des Wettbewerbs, von dem die politische Klasse redet, de facto verbietet sie den Wettbewerb der Studiengänge. Diplom und Magister werden in Baden-Württemberg verboten. Niemand bestreitet, daß es auch sinnvolle Konzepte für einen BA-Studiengang oder einen Master-Studiengang in ausgewählten Fächern geben kann. Entscheidend ist, daß der BA, wie es heißt „flächendeckend“ eingeführt werden soll. (Ich kann nicht verhindern, daß ich beim Wort „flächendeckend“ jedesmal zusammensucke, weil es mich doch zu sehr an die Erzählungen erinnert, die ich in meiner Kindheit gehört habe, als von den Flächenbombardements erzählt wurde.) Flächendeckend meint in der Politik der Landesregierung, der BA wird überall eingeführt um jeden Preis, es gibt keine Unterschiede, ob es nun Physik oder Volkskunde, Chinesisch oder Spanisch ist. Die Unterschiede im Schwierigkeitsgrad der Sache, im Umfang des erforderlichen Fachwissens werden in absolut ignoranter Weise planiert.

Versprochen wird ein „Europäischer Hochschulraum“. Faktisch bedeutet ECTS aber das Ende des Auslandsstudiums im BA, weil die historisch gewachsene Kenntnis dessen, was in Europa wo studiert wird, destruiert wird, ohne daß auf einer inhaltlichen Ebene neue, verlässliche Strukturen entstehen. Denn 1 ECTS in Bologna sind zwar auch 25 Arbeitsstunden wie in Freiburg, aber doch im Inhalt etwas ganz anderes, so daß man nicht mehr wechseln kann, weil die Voraussetzungen für die Zulassung zu den Modulen nicht mehr vorhanden sind. Bis ein gegenseitiger Kenntnisstand darüber erreicht ist, was nach der Zerstörung der Universitätstraditionen nun denn wirklich an europäischen Universitäten gemacht wird, werden Jahrzehnte vergehen.

Bildungspolitik als Sozialpolitik

Die Verschlechterung, das heißt die kulturkampfmäßig gewollte Zerstörung der deutschen Universität, der hochschulpolitische Meteor, kommt nun zeitgleich mit dem sozialpolitischen, der geplanten Einführung von Studiengebühren. Nicht an und für sich, sondern für die Verschlechterung des Studiums sollen Gebühren erhoben werden.

Franz Müntefering, der SPD-Chef, hat uns alle daran erinnert, daß wir im Kapitalismus leben. Das ist für einen Soziologen keine Neuigkeit, auch nicht, daß die Bundesrepublik eine Klassengesellschaft ist, mit Unterschichten, Mittelschichten, Oberschichten. Die Anstrengungen, den Kapitalismus abzuschaffen, dauern nunmehr zweihundert Jahre. Zuerst haben die Arbeiter die Maschinen zertrümmert, die ihnen die Arbeit weggenommen haben, dann haben sie für gerechten Lohn gestreikt, Aufstände gemacht, mit einer kommunistischen

Partei die Staatsgewalt erobert und den Kapitalismus abgeschafft. Sie kennen diese Geschichte. Ich muß das nicht ausführen.

Um 1900, als die großen Debatten um den politischen Generalstreik geführt wurden, kamen ein paar Sozialdemokraten des sogenannten reformistischen Flügels und der Austro-Marxisten auf die Idee: Wenn es mit der großen Revolution der Abschaffung der Klassen noch so lange dauert, dann macht vielleicht ein anderer Weg Sinn: Die Aufhebung der Klassen durch Bildung. Durch Bildung können zwar nicht die Arbeiter, aber die Arbeiterkinder es später besser haben. Sozialer Aufstieg durch Bildung – dieses Programm hat eine enorme Schule gemacht. Die Bildung, die bisher den Oberschichten und oberen Mittelschichten vorbehalten war, sollte jetzt für alle da sein. Die Parole lautete: Bildung für alle. Je öfter diese Formel wiederholt wurde, um so mehr ging der Grund verloren und der lautete: Wenn schon keine Revolution zur Abschaffung der Klassengesellschaft, dann wenigstens eine Aufhebung der sozialen Unterschiede durch Bildung für alle. Oder kürzer gefaßt: Bildung für alle statt Revolution.

Wir sind damit im Herz der Sozialdemokratie angekommen, deren Ideenwelt weit in andere Parteien hineinreicht. Aber was war das für eine Bildung, die für alle da sein sollte? Es handelte sich nicht um die Erziehung von Prinzen und Prinzessinnen, nicht um aristokratische Manierenkurse und Konversationsübungen, nicht um Fechten und Reiten, sondern um die bürgerliche Bildung, konkret: Das deutsche Gymnasium und die Humboldtsche Universität. Beides sind Erfolgsmodelle geworden, die sich viele Länder zum Vorbild genommen haben.

Das Gymnasium hatte einen festen Fächerkanon, es war das Abbild zuerst der Philosophischen Fakultät, dann der Realien, das heißt der Naturwissenschaften. Daher kommt es, daß bis heute Medizin und die Staatswissenschaften (Jura und Ökonomie) kein Schulfach wurden. Ziel des Gymnasiums war das Abitur, das heißt die Hochschulreife. Aufgabe des Gymnasiums war es, die Abiturienten so weit zu bringen, daß sie selbständig, nicht als Schüler, sondern als reife urteilsfähige Erwachsene für eine Zeit an der Wissenschaft partizipieren konnten. Die Universität basierte auf dem Prinzip der Einheit von Forschung und Lehre und Studium. Das heißt, nur wer forscht, lehrt, und wer studiert, muß die Reife mitbringen, diese Inhalte zu verstehen. Und das ganze fand statt in „Einsamkeit und Freiheit“, wie das Humboldtsche Motto hieß.

Das war die bürgerliche Bildung. Sie basierte universitär auf einer vierfachen Wissenschaftsfreiheit: Der freien Verfügbarkeit von Wissen durch Trennung von Wissen und Eigentum, der zweckfreien Suche nach Wahrheit durch Ablösung von Interessen, der Handlungsentlastung der Wissenschaftler, die durch staatliche Alimente garantiert ist, und der Autonomie gegenüber Kirche und Staat. Nun möchte ich Sie auf einen sehr eigenartigen Umstand hinweisen. Dieses schöne Konzept bürgerlicher Bildung war von Anfang an ein Fehlschlag. Aber die Idee war so stark, daß sich die Intelligenz bis heute immer wieder an ihr aufgerichtet hat. Die Universitäten Humboldtischer Prägung haben vor den Herausforderungen gesellschaftlichen und politischen Wandels eigentlich von Anfang an regelmäßig versagt: Sei es in den rasanten Modernisierungsprozessen des 19. Jahrhunderts vor der Arbeiterfrage oder der Frauenfrage, sei es vor dem im Ersten Weltkrieg kulminierendem Nationalismus und Imperialismus, sei es schließlich die Selbstaufgabe vor der nationalsozialistischen Bewegung. Um so bemerkenswerter ist, daß in der großen Hochschulreformbewegung der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts diese Idee der Humboldtschen Universität eine unerwartete Renaissance erlebte. Legt man Helmut Schelskys Universitätsbuch „Einsamkeit und Freiheit. Idee und Gestalt der deutschen Universität und ihrer Reformen“ von 1963 und die Denkschrift des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) „Hochschule in der Demokratie“ von 1965 nebeneinander, so beziehen sich beide trotz ihrer unterschiedlichen politischen Lagerung auf der rechten und der linken Seite im Prinzip auf Humboldts Idee. Und wenn Sie die Universitätsschrift von Jacques Derrida von 1998 (übersetzt 2001) lesen, finden Sie dort eine Eloge auf das Humboldtsche Modell als einer - wie der Titel der Schrift heißt - „unbedingten Universität“. (Jacques Derrida, Die unbedingte Universität, Frankfurt a.M. 2001). Das ist die Kernidee, die bis heute immer wieder eine Renaissance erlebt hat. Unbedingtheit der

Universität meint keine Abhängigkeit von der Macht der Kirche oder der herrschenden Politik oder der Großkonzerne, auch keine Berufsschule, sondern die Idee rücksichtsloser Wahrheitssuche, Forschung und Teilnahme der Studierenden an diesem Prozeß und nicht an irgend etwas anderem. Die Universität, die dieser Idee folgt, sie soll im heutigen Krieg gegen die Intelligenz zerstört werden.

Zurück zur Sozialpolitik. Bildung statt Revolution, Bildung für alle, Aufhebung der Arbeiterklasse durch sozialen Aufstieg qua Bildung, diese Idee konnte nun in zweierlei Richtungen ausgestaltet werden. Entweder konnte es darum gehen, eine Bildungsidee zu entwerfen, die keine bürgerliche Bildung mehr war, sondern eine Bildungsidee, die auf die soziale und demokratische Massengesellschaft zugeschnitten war. Oder es konnte bedeuten, keine neue Bildungsidee, sondern Beibehalten der bürgerlichen Bildung und ihre Ausdehnung auf alle. Die Entscheidungen fielen schon vor 100 Jahren. Sowohl die SPD wie die KPD entschieden sich gegen eine neue Bildungsidee. Lenin meinte, die bürgerliche Kultur, Kunst und Bildung reicht aus. Es sollten nur Proletarier bevorzugt werden. In der DDR hieß das Studierverbote für Akademikerkinder, solange bis jedes Arbeiterkind einen Hochschulabschluß hatte. Die SPD hat in ihrer langen Geschichte keine einzige Idee für eine Ablösung der bürgerlichen Bildung hervorgebracht. Bis heute ist ihr Programm: alle aufs Gymnasium, alle an die Universität, Vermehrung der Absolventenquoten. Was die Sozialdemokratie hervorgebracht hat, sind sprachliche Veränderungen. Alle ans Gymnasium heißt jetzt: Gesamtschule, d.h. Verschwindenlassen des Gymnasiums in einer Gesamtschule. Alle an die Universität, das heißt jetzt: Gesamthochschule, d.h. Verschwinden der Universität in der Gesamthochschule. Tut man alle Ornamente beiseite, so wird diese große Linie offensichtlich.

Wenn Frau Bulmahn heute ein sozialdemokratisches Programm für Eliteuniversitäten auflegt, so lassen Sie sich bitte nicht täuschen. Die SPD möchte für die Wahl 2006 Bildungspropaganda machen. Sie schenkt Geld für Eliteunis. Das wahre Ziel ist, sie will den Zentralstaat in Kulturangelegenheiten durchsetzen. Sie möchte eine Bundeskommission (SPD-freundlich versteht sich) einsetzen, über die dann die Bundesregierung bestimmen kann, welche Universitäten das Geld kriegen und welche nicht. Das Verfahren kennen wir: so hat Bundeskanzler Schröder auch gegen die parlamentarische Ethikkommission des Deutschen Bundestages den Nationalen Ethikrat als einen ihm nächststehenden Sachverständigenrat eingerichtet. Es sind übrigens lächerliche Beträge, die pro Eliteuniversität ausgegeben werden sollen. Die Summen liegen pro Jahr unterhalb dessen, was Herr Esser und Herr Ackermann als persönliche Abfindung für den Vodafone-Deal bekommen haben. Wollte die Bundes-SPD wirklich Gelder für Spitzenforschung springen lassen, so könnte sie das Geld sofort problemlos an die Deutsche Forschungsgemeinschaft oder die Max-Planck-Institute überweisen, da entscheiden nämlich unabhängige Gutachter, wer Spitze ist und wer nicht. Das tut die Sozialdemokratie aber nicht. Sie möchte eigenhändig einzelne Universitäten zu Eliteuniversitäten erklären, damit der Rest zu BA-Schools gemacht werden kann, d.h. sich die alte SPD-Politik der Gesamthochschule auf BA-Niveau endlich verwirklicht. Man kann noch so lange suchen wie man will, es gibt keine genuin sozialdemokratische Bildungsidee, sondern stets das Ziel der massenhaften Verteilung des Reichtums bürgerlicher Bildung oder was davon noch übrig ist.

So weit so gut, so gut so blauäugig, so blauäugig so fatal. Man hätte dem ja noch folgen können, wenn eine Bildungspolitik angestrebt worden wäre, die um des Ziels „Bürgerliche Bildung für alle“ willen, sich darum gesorgt hätte, daß das, was verteilt werden sollte, wenigstens in seinen Strukturen lebens- und generationsfähig zu erhalten wäre. Aber wie bekannt, war die SPD-Politik in der Regel gegen den Erhalt der Strukturen gerichtet, die man für alle bereitstellen wollte. Um nicht mißverstanden zu werden, wenn ich SPD sage, so meine ich sozialdemokratische Politiken, die heute in vielen Parteien verbreitet sind. Die Grünen sind derzeit voll im Schlepptau der Bildungspolitik der SPD. Dabei gibt es in der Tradition dieser Partei viele Ideen für eine Alternative zur bürgerlichen Bildung. Man kann an Joseph Beuys Projekt der FIU oder das 68er-Modell einer „Kritischen Universität“ denken, heute längst vergessene Alternativen. Aber derzeit haben ja auch die alternativen Grünen keine Alternative.

Konservative sozialpolitische Bildungspolitik hatte weniger ideologische Probleme. Sie hielt am bürgerlichen Bildungsideal fest. Sie propagierte die formale Chancengleichheit. Das Arbeiterkind, das das Abitur schaffte, war willkommen, aber wichtiger als dies war CDU und CSU der Erhalt der Bildungseinrichtungen. Dabei muß auch daran erinnert werden, daß die Rede von der Chancengleichheit – mit Studiengebühren oder ohne Studiengebühren – immer eine Illusion gewesen ist, wie Pierre Bourdieu schon vor 40 Jahren akribisch herausgearbeitet hat (Pierre Bourdieu, Die Illusion der Chancengleichheit, frz. 1964, dt. 1971). Der bundesdeutsche parteipolitische Konflikt im Bildungswesen war davon bestimmt, daß die CDU für die Dreigliedrigkeit des Schulwesens und für den Erhalt der Universitäten eintrat. Die SPD forderte Gesamtschulen und Gesamthochschulen. Für die FDP war Bildungspolitik entweder sozialliberal Bürgerrecht im Sinne Ralf Dahrendorfs oder wirtschaftsliberal eigentlich nicht besonders interessant.

In diesem Kraftfeld fand die Universitätsentwicklung der letzten 40 Jahre statt. Am Anfang der 40 Jahre stand 1968 und die Alternative von 1900 wiederholte sich: Revolution oder Bildung. Daraus wurde dann wie gehabt Bildung statt Revolution, d.h. die Expansion des tertiären Sektors. Die Studierendenzahlen explodierten. Diese Entwicklung läßt sich schnell zusammenfassen. 1977 beschlossen Bund, Länder und die Rektorenkonferenz trotz unerträglicher Forschungs-, Lehr- und Studienbedingungen die Universitäten nicht zu schließen sondern offen zu lassen. Es handelte sich um den sog. „Überlastbeschluß“. Man faßte den Schildbürgerplan der wie es hieß: „Untertunnelung des Studentenberges“. Die politisch gewollte Steigerung der Studienanfänger allein in den 80er Jahren um 70 % bei einer Vermehrung von Professorenstellen um 7% führte zur fließenden Selbstselektion der Studierenden, die den Anforderungen an ein selbstständiges Studium gerade in den Sozial- und Geisteswissenschaften nicht gewachsen waren. Sie behielten ihren Sozialstatus als Studierende (Krankenkasse, Regio-Ticket) bis sie einen Arbeitsplatz hatten und Abbrecher wurden. Es gab einen Knick in der Karriere, aber die Arbeitslosigkeit unter Studienabbrechern war geringer als die bei Absolventen. Man kann es nicht oft genug sagen: jeder Abbrecher hat geholfen, daß das Schiff Universität nicht untergeht.

Die Mehrheit der Professoren hatte diese verantwortungslose Überfüllungspolitik, die Politik der Verwahrlosung der Universität, den Abbau von Leistungskontrollen, das Durchwinken bei Zwischenprüfungen, das Absenken des Niveaus mitgemacht. Warum? Es war nicht nur die konstitutionelle Feigheit von deutschen Professoren, irgend jemand eine rote Karte zu zeigen, nicht nur ein Desinteresse an der Veränderung der Lehr- und Lernformen, die deutschen Professoren hatten die Hoffnung, daß bei solcher Überfüllung die Regierung sich erbarmen würde und Gelder für die Universitäten bereitstellt. Es handelte sich hier um eine katastrophale strategische Illusion. Man muß hinzunehmen, daß die Professoren nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1974 in einer unüberstimmbaren Mehrheitsposition in den Fakultäten waren. Die darbenenden Studierenden und darbenenden Assistenten waren ohne Macht in den Gremien. Sie saßen auch in vielen Fächern ohne die verantwortlichen Professoren allein in den überfüllten Seminaren im Grundstudium. Jeder inneruniversitäre Reformmechanismus war in Folge der Unüberstimmbarkeit der Professoren stillgestellt.

Viele der Absolventen dieser Jahre sind keine Freunde der Universität geworden. Sie konnten auch wirklich nicht stolz auf ihre Alma Mater sein. Sie waren in Seminaren mit 30, 60, 120 Teilnehmern, sie lieferten Hausarbeiten ab, die in dieser Menge überhaupt nicht mehr korrigiert werden konnten. Viele sind um die gute Ausbildung, die sie sich erhofft hatten, betrogen worden. Es ist verständlich, daß sie zur Verteidigung der Universität keinen Finger gerührt haben und auch nicht rühren werden. Aber immerhin: sie haben den Kampf ums Dasein in der Monsteruniversität erlebt und dort auch das Einzelkämpfertum gelernt. Auch dies ist eine Schlüsselkompetenz. Sie wird verlorengehen, wenn die infantilisierenden Betreuungsprogramme um sich greifen. Der Staat weigerte sich, die Finanzierung den Studierendenzahlen anzupassen, und verlangte weiter offenhalten der Universitäten, Bildung für alle.

1988 ging es nicht weiter. Die Rektoren hatten vor, auszusteigen und die Vereinbarungen zur Überlast zu kündigen. Bevor es zum Zusammenbruch der Universitäten kam, brach die DDR zusammen. Und dort war alles viel schlimmer. Die Einsicht in die Zustände der DDR hat die Selbstwahrnehmung der Bundesrepublik in der *dementia transitoria* tiefgreifend verwirrt. Dem folgte in den 90er Jahren die flächendeckende Ausdehnung der maroden BRD-Strukturen auf die neuen Länder. Die Wiedervereinigung Deutschlands wurde nicht als Chance einer grundlegenden Reform der Strukturen gesehen, sondern wurde zu einem gigantischen Projekt der Reformverweigerung. Keine neue Verfassung für Deutschland, keine neue Ländergliederung, kein neuer Länderfinanzausgleich, überhaupt keine Reformen, sondern alles so wie bisher, bloß jetzt in ganz Deutschland einschließlich des ökonomischen Wahnsinns der Aufwertung der DDR-Mark. Dann folgten der Abbau von Nachwuchs- und Professorenstellen in den Westuniversitäten und die populistischen Medienkampagnen gegen die Lehre der Professoren, deren Attraktivität den kulturindustriell gezüchteten Erwartungen an infantilisierender Betreuung und Event-Lehre nicht entsprechen konnte. Trotzdem wurden an vielen Standorten in einzelnen Fächern die Studieninhalte und Lehrformen von innen erneuert. Es waren freilich viel zu wenige, die sich auf diesen Weg machten. Es handelte sich um Inseln in einem Meer der Desorientierung.

Die am Boden liegenden Universitäten wurden nach 1989/90 mit einem bürokratischen Regelungswahn von Rahmenordnungen, Studierbarkeitsnachweisen, Evaluationskampagnen, Lehrberichten usw. überzogen, der Professoren und Assistenten ein Ausmaß bürokratischer Schreivarbeit abverlangte, das die moralische Erosion nur vorantrieb. Während der baden-württembergischen Hochschulpolitik unter dem Wissenschaftsminister von Trotha wurde ein kleinkariertes Irrsinn an Hochschulpolitik produziert, der rein gar nichts gebracht hat. Viele Kollegen haben innerlich Abschied von der Universität genommen, von der akademischen Selbstverwaltung, d.h. dem Recht, die inneren Angelegenheiten selbst zu bestimmen.

Am Ende dieser ganzen Entwicklung war der Staat gegen Studierende, gegen Professoren, gegen Assistenten als Sieger aus den Hochschulkonflikten der 60er, 70er, 80er, 90er Jahre hervorgegangen. Der Sieger ging dazu über, die Universitäten zu erpressen: Wohlverhalten oder Stellenstreichungen. Adorno hatte Recht bekommen, wenn es um Bildung geht so gilt: der Staat verdirbt alles. Ende der 90er Jahre ist der totale Bankrott staatlicher Hochschulpolitik offensichtlich. Es ist auch der Bankrott staatlicher Schulpolitik offensichtlich (ich erspare Ihnen einen längeren Exkurs zu PISA).

Eine Periode geht zu Ende. Neue Akteure treten auf, neue Regime, neue Kraftfelder. Jetzt kommen die *global player*. Junge, dynamische Leute, fit und effizient, kreativ und innovativ, sie erfinden den europäischen Hochschulraum, den Bologna-Prozeß, das Management für die Universitäten, die Kundenorientierung, die Zielvereinbarungsorientierung. In dem Maße, in dem die politische Klasse universitätspolitisch verblödet, entfaltet Consulting seine Intelligenz. Und wer wie ich Jahrzehnte unter Wissenschaftsministern gelitten hat, der atmet erst einmal freudig durch. Endlich Freiheit, endlich Autonomie, Liberalität! Er atmet durch, bis er das Kleingedruckte liest. Die Zukunft der Universitäten liegt heute nicht mehr allein in den Händen von Edelgard Bulmahn oder Herrn Frankenberg in Baden-Württemberg, auch nicht beim Bundestag oder beim baden-württembergischen Landtag, sondern in den sanften Händen des Bertelsmann-Konzerns. Sie wissen, das ist ein *global player*, einer der wichtigsten Konkurrenten von Rupert Murdoch, dem Dirigenten des australischen Medienkonzerns. Und wäre ein Agent der *global player* hier in diesem Hörsaal, ich bin sicher, über die Hälfte der Freiburger Studierenden würde mit fliegenden Fahnen überlaufen. Wer will denn nicht in die Medien? Und Sie glauben ja auch schon alle selber daran, daß Bildung ein Wachstumssektor ist, der Wachstumssektor der Zukunft, daß Sie der Rohstoff unseres Landes sind.

Die Bertelsmänner und ihre Anhänger sitzen in Brüssel, in Berlin, in Stuttgart und wenn Sie das neue Hochschulgesetz des Landes Baden-Württemberg mit den Entwürfen vergleichen, die CHE seit Jahren diskutiert, so haben sie dort die Quelle. Der Landtag ermächtigt einen Aufsichtsrat und Aufsichtsratsvorsitzenden, der entscheidet, was in der Universität läuft. Und es versteht sich von selbst, daß im Aufsichtsrat nur ehrenwerte, charismatische Gestalten sitzen,

deren Unfehlbarkeit außer Frage steht. Der Rest ist Ornament, damit man es nicht so kraß sieht. Der Staat zieht sich zurück. Die Studiengänge werden von Akkreditierungsagenturen geprüft und zwar gegen Geld, das die Universitäten alle vier Jahre zahlen müssen. Der Staat ist auf dem Sprung, zur Akkreditierung zu zwingen, sie selbst durchführen, das kann er nicht mehr. Niemand weiß, ob gegen diese Agenturen überhaupt geklagt werden kann. Im nächsten Schritt macht der Staat Tests verbindlich, die von Privatfirmen hergestellt werden, die müssen dann die Universitäten kaufen. Das Geld bekommen sie vom Staat. Es sind und bleiben überwiegend Steuergelder. Die Akkreditierungsagenturen plündern so ganz legal die Staatskasse. Das ist gute deutsche Unternehmertradition. Bevor etwas unternommen wird, erst mal an die Staatskasse.

Aber die Steuergelder reichen dafür nicht. Also müssen die Professoren sich Gelder aus der Wirtschaft holen, d.h. Auftragsforschung machen. Und je mehr solches Geld in ein Institut kommt, um so mehr legt der Staat darauf, als Belohnung. Man nennt das leistungsbezogene Mittelvergabe. So haben wir bereits seit einigen Jahren diesen regen Handel mit Steuergeldern und Drittmitteln. Diejenigen, die da noch fehlen, das sind Sie als Kunden der Universität. Es ist nicht so, daß die Ökonomisierung der Universität jetzt bei Ihnen losgeht. Sondern sie hört bei Ihnen jetzt auf, Sie sind die letzten, die noch fehlen. Also seien Sie kein Frosch, machen Sie mit, haben Sie Vertrauen, seien Sie nicht skeptisch, hegen Sie keinen Verdacht, Sie gehen in blühende Landschaften einer rosigen Zukunft entgegen, vergessen Sie die Risiken, sehen Sie die Chancen, Sie können sicher sein, wenn's daneben geht, werden Sie keinen Verantwortlichen mehr finden.

Worauf ich hinauswill: die Studiengebühren entspringen einer ganz anderen Linie der Entwicklung als die der Verschlechterung des Studiums. Die Gleichzeitigkeit dieser beiden Meteore birgt in der Tat Chancen, daß es für einen Moment heller wird am nächtlichen Himmel. Studiengebühren sind das letzte fehlende Glied im Prozeß, in dem Wissenschaft und Bildung eine Ware wird. Was nichts kostet, ist nichts wert. Das ist das Grundgesetz, ob man es nun mag oder nicht. Gegen diesen Kapitalismus haben sich zahllose Menschen aufgelehnt und sie werden sich auch weiter dagegen auflehnen. Der Kapitalismus bringt fortlaufend Gewinner und Verlierer hervor. Das Sein bestimmt hier das Bewußtsein, je nachdem, ob man Verlierer oder Gewinner ist.

Der 100 Jahre alte reformistische Gedanke: Bildung statt Revolution, sozialer Aufstieg durch Bildung für alle, er hat lange gehalten. Aber jetzt wird er absurd. Denn diese Formel stößt heute auf den anderen kulturpolitischen Prozeß der Verschlechterung des Studiums, der Zerstörung eben der Bildung, die statt Revolution erfolgen sollte. Der Skandal liegt meines Erachtens nicht darin, daß Sie 500 Euro monatlich an Studiengebühren zahlen sollen, die Sie aber später erst, wenn Sie selber Geld verdienen, zurückzahlen. Dies finden manche unter Ihnen auch gerecht. Ein Protest, der sich darauf konzentriert, wird nicht lange anhalten. Er ist auch in der Bevölkerung nur schwer zu vermitteln.

Der Skandal, den es öffentlich zu machen gilt, ist, daß Sie für die Verschlechterung des Studiums, d.h. für das BA-Kurzstudium Studiengebühren zahlen sollen. Skandal ist, daß Sie für die Zerstörung der deutschen Universität auch noch Studiengebühren entrichten sollen.

Kämpfe, die um Geld geführt werden, eröffnen selten Perspektiven. Das hat die Gewerkschaftsbewegung historisch vorgeführt. Nachhaltig in Erinnerung bleiben die Kämpfe, bei denen es, um es altertümlich zu sagen, um ideelle Werte geht. Die unbedingte Universität ist ein solcher Wert. Daher möchte ich gegen das Bulmahnsche Programm der Senkung der Bildungsstandards und gegen das Frankenbergsche Bertelsmannprogramm der Vermarktung der Universitäten mit einer Passage von Jacques Derrida schließen. Es ist das Recht der Universität, unbedingt zu sein. „So sehr diese Unbedingtheit prinzipiell *de jure* die unüberwindbare Kraft der Universität ausmacht, so wenig war sie jemals Wirklichkeit. Aufgrund dieser abstrakten und hyperbolischen Uneinnehmbarkeit, aufgrund ihrer Unmöglichkeit selbst, offenbart diese Unbedingtheit auch die Schwäche und Verletzlichkeit der Universität. Sie kehrt ihre Ohnmacht hervor, die Hilflosigkeit, mit der sie sich gegen jene Mächte zur Wehr setzt, die über sie verfügen, sie belagern und sie einzunehmen trachten. Weil sie der Macht fremd, dem

Machtgefüge gegenüber heterogen bleibt, verfügt die Universität auch über keine eigene Macht“ (Jacques Derrida, Die unbedingte Universität, S. 16). Ich füge hinzu: Wir haben nur unsere schwache Stimme. Daher erfüllt es mich mit Freude, wenn in der stumm gewordenen Universität für eine kurze Frühlingszeit zur eigenen Sache geredet wird. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.